

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Julia Elisabeth Herr,
Genossinnen und Genossen

betreffend Steuersenkung für die Menschen, statt Steuergeschenke für Millionäre!

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (948 d.B.): Bundesgesetz, mit dem die Bundesabgabenordnung, das Finanzausgleichsgesetz 2017, das Katastrophen-fondsgesetz 1996, das Kommunalinvestitionsgesetz 2020 und das Transparenz-datenbankgesetz 2012 geändert werden (953 d.B.)

Die Coronakrise hat riesige Budgetdefizite in den Staatshaushalt gerissen. Milliarden wurden zur Unterstützung für Unternehmen ausgegeben. Während viele EPUs und KMUs noch immer auf ausreichende Unterstützungsleistungen warten und am Rande ihrer Existenz stehen, wurden Millionen an Steuergelder an Menschen verteilt, die diese gar nicht brauchen. Der Glückspielkonzern Novomatic erhielt mehrere Millionen Euro an staatlicher Unterstützungsleistung. Seinen Besitzer finden wir auch nach Corona auf der Trend-Reichenliste mit einem Vermögen von mehreren Milliarden Euro – wofür braucht so ein Mensch staatliches Steuergeld, das zu 80% von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kommt? Novomatic ist leider kein Einzelfall. Von Media-Markt bis zu Luxus-Hotels aus dem Kreise der Tiroler Adlerrunde reichen die Beispiele für wenig rühmliche Hilfszahlungen an Menschen, die sie in Wahrheit nicht brauchen.

Auf der anderen Seite sitzen hunderttausende Menschen mit einem Arbeitslosengeld von 55% des Letzteinkommens zu Hause. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen erreicht jeden Monat einen neuen Rekordstand. Die Betroffenen haben die Ersparnisse aufgebraucht, können sich teilweise die Mieten nicht leisten, am Monatsende müssen sie jeden Euro zweimal umdrehen, oft kommt in diesen Familien am Monatsende nur noch Toastbrot auf den Tisch.

Lt. der Trend-Reichenliste haben die zehn reichsten ÖsterreicherInnen ihr Vermögen im Corona-Jahr um fast 30%(!) steigern können. Eine Studie der Arbeiterkammer hat jüngst belegt, dass die Managerbezüge auch im Corona-Jahr überdurchschnittlich gestiegen sind. Ein Vorstand eines ATX-Unternehmens kassiert im Schnitt das 57-fache eines Durchschnittseinkommens. Die ersten Daten zeigen ein erschütterndes Bild – die Corona-Krise hat die Vermögens- und Einkommensungleichheit in Österreich nochmal verstärkt.

Die Krise sollte uns eigentlich deutlich vor Augen geführt haben, wer die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in Österreich sind. Es sind die Pflegekräfte, es sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Supermärkten und in der Lebensmittelproduktion, bei der Straßenreinigung, bei der Müllabfuhr, die Reinigungskräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen – um nur einige hier zu nennen.

Wir können nach dieser Krise nicht zur Tagesordnung übergehen. Ohne gravierende Änderungen in unserem Steuersystem ist eine gerechte Finanzierung der Krisenkosten einfach nicht machbar.

Seit einem Jahr verweigert die türkis-grüne Regierung jenen Menschen, die aufgrund der Coronakrise arbeitslos geworden sind, die Erhöhung des Arbeitslosengeldes (von derzeit nur 55%) auf 70% des Letztbezugs. Betriebe, die Staatshilfe in Millionenhöhe erhalten, können ihren Spitzenmanagern noch immer Boni (in halber Höhe) in Millionenhöhe auszahlen. Die Regierung schließt bis heute dezidiert die Einführung von Millionärsabgaben aus, obwohl Multimillionäre in Österreich ihr Vermögen im Coronajahr teilweise deutlich vermehren konnten. Im Finanzministerium werden stattdessen Pläne zur Senkung der Körperschaftssteuer sowie zur Einführung einer fiktiven Eigenkapitalverzinsung gewälzt. Von diesen Plänen profitieren wieder nur die großen Betriebe – just jene Betriebe, deren EigentümerInnen ihr Vermögen auch während Corona ohnehin deutlich steigern konnten.

Es braucht endlich wieder mehr Gerechtigkeit und Solidarität in Österreich. Deshalb braucht es gerade jetzt eine echte Änderung im Steuersystem, wo große Vermögen statt kleiner

Arbeitseinkommen stärker zur Finanzierung von Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten herangezogen werden.

Die untenfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Gesetzespaket zur Abfederung der sozialen und finanziellen Folgen der Coronakrise mit folgenden Inhalten vorzulegen:

- 1. Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70% des Letztbezugs.*
- 2. Eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer für kleine und mittlere Einkommen im Ausmaß von 5 Mrd. €*
- 3. Eine unbefristete Solidaritätsabgabe für Millionäre*
- 4. Die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Millionenerbschaften.*
- 5. Eine befristete Solidaritätsabgabe für große Onlinekonzerne (wie z.B.: Amazon) im Ausmaß von 10% des Jahresumsatzes bis zur vollständigen Umsetzung der globalen Mindeststeuer und Digitalsteuer im Rahmen des OECD Vorschlags.“*

*Peter Obermaier
(OBERBAUER)*

Wolfgang Stöder

Peter Ban

(Bayer)

W. Herr

